



HESSISCHER LANDTAG

14. 12. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Hessen plant Verkauf landeseigener Wohnungen - Wohnen ist Aufgabe der Daseinsvorsorge

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag stellt fest:

1. Wohnen gehört zu den Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Hessische Landtag spricht sich dafür aus, dass der Bestand an Sozialwohnungen in Hessen auf dem jetzigen Niveau erhalten werden muss.
2. Die Sicherung und Herstellung von Wohnraum gehören zu den Aufgaben des Landes Hessen. Zur Herstellung vergleichbarer Lebensbedingungen braucht das Land Hessen in Kooperation mit den Kommunen eine eigene Wohnungsbaugesellschaft, die der Umsetzung dieses Verfassungsauftrags dient.
3. Die Sicherung von Wohnraum gehört zu den wichtigen Infrastrukturlösungen des Landes Hessen.
4. Der Hessische Landtag fordert den hessischen Finanzminister auf, vor dem Hessischen Landtag über die Verkaufserwägungen der Nassauischen Heimstädte zu berichten und dazulegen, unter welchen Bedingungen die Hessische Landesregierung prüft, landeseigene Wohnungsbauanteile zu veräußern.

Begründung:

Wie der "FAZ" vom 14.12.2012 zu entnehmen ist, erwägt die Hessische Landesregierung den Verkauf der Wohnungen der Nassauischen Heimstädte. Als Begründung wird benannt, dass der Betrieb einer Wohnungsbaugesellschaft nicht zu den Kernaufgaben eines Bundeslandes gehört. Abgesehen davon, dass der Zeitpunkt, zu dem die Landesregierung jetzt öffentlich eine Diskussion über den Verkauf von Wohnungen eröffnet, problematisch ist, muss der Begründung im Grundsatz widersprochen werden. Wohnen gehört im Sinne des Verfassungsauftrags der Herstellung vergleichbarer Lebensverhältnisse im Land sehr wohl zu den Kernaufgaben des Bundeslandes Hessen.

Der Verweis auf Wohnungsverkäufe aus den Jahren 2000 und 2003 heilt dieses Argument nicht. Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt - vielfältig durch Gutachten des Instituts Wohnen und Umwelt belegt - zeigt, dass der Auslauf von Sozialbindungen in den kommenden Jahren beschleunigt stattfinden wird. Der Bestand an Sozialwohnungen muss aber in Hessen erhalten bleiben. Deshalb muss das große hessische Wohnungsbaunehmen in öffentlicher Verantwortung dieser Herausforderung gerecht werden.

Wiesbaden, 14. Dezember 2011

Der Parl. Geschäftsführer:
Rudolph